Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 25 Pfg., bei lokalen Anzeigen 20 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3,00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Weststr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 158 — Donnerstag, den 10. Juli 1919 — 47. Jahrgang

Die Ratifikation des Friedensvertrages
in der Nationalversammlung.

(Sitzung vom 9. Juli.)

Von der deutsch-nationalen Volkspartei wird folgende Entschließung vorgelegt: 1. daß vor dem Inkrafttreten der Artikel 227 bis 230 von Lehrern des Völkerrechts von Ruf ein Gutachten darüber eingeholt wird, ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes zulässig oder üblich und gerecht fertigt erscheine, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorhergegangener angeblicher Verstöße gegen das Völkerrecht einzusetzen und auf vorher noch nicht angedroht gewesene Strafen zu erkennen. 2., daß im Interesse der Gerechtigkeit für die Untersuchung der Frage der Schuld am Kriege ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird. Zu dieser Entschließung wird in der zweiten Lesung Stellung genommen werden.

Minister des Auswärtigen Müller:

Aufrechterhalten bleibt heute und immer unser einstimmiger Protest gegen diese Vertragsvergewaltigung. Aufrechterhalten bleibt aber ebenso unsere Zusicherung der Vertragserfüllung bis zum äußersten. Aber für die Grenze der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Wir haben die Ratifikation beschleunigt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt ist. Wenn das Wort Frieden nicht jeden Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe der Gefangenen jetzt erfolgen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken für die Fürsorge der neutralen Staaten, bei denen unsere Kriegsgefangenen Heilung und Erholung gefunden haben. Wir danken diesen Völkern und dem Papst von ganzem Herzen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken dem Roten Kreuz. Wir haben nicht die Macht, zu verhindern, daß ein Teil von Deutschland abgerissen wird, der unserem Volke nach Sitte und Sprache zugehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhielt, nach freiem Willen über ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Wir wollen aber diesen Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen, wie auch wir fest glauben, daß sie uns niemals vergessen und verleugnen werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Haus mit all den Kräften, die in uns verbleiben, so ausstatten, daß in unseren Schwestern und Brüdern, die uns entrissen werden, das Bewußtsein tiefer Zusammengehörigkeit wach bleibt, bis auf friedlichem Wege in hoffentlich nicht zu ferner Zeit in einem wahren Bund aller Völker alle strittigen nationalen Probleme eine gerechte, d. h., den Willen der Völker achtende Lösung finden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Krätzig (S.): Mit der Ratifikation reißen wir die Schranke nieder, die hunderttausenden von deutschen Kriegsgefangenen den Weg in die Heimat und die Familie versperren. Wir protestieren gegen den Gewaltfrieden, der die Versöhnung der Völker hintertreibt und Europa zu einem Explosionsherd für neue blutige Kriege zu machen droht. Wer unser Volk als den Schuldigen am Kriege hinstellt, spricht eine wissentliche Unwahrheit aus. Der Krieg war nicht nur das Werk einzelner Personen, sondern des imperialistischen internationalen Kapitalismus. Wir sind überzeugt, an einem Tage wird sich die Macht der internationalen klassenbewußten Arbeiter stärker erweisen, als der Imperialismus. Dann wird auch das Unrecht dieses Krieges widerrufen werden. — Abg. Dr. Spahn (Z.): Der Friedensvertrag ist das Ergebnis einer uns bis über den Friedensschluß hinaus verfolgenden Unversöhnlichkeit. Wir stimmen trotzdem dem Friedensvertrag zu, nicht aus freiem Willen und innerer Ueberzeugung, sondern unter dem Zwang der Tatsache, das Land vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem inneren Untergang zu bewahren. Binnen kurzem wird sich zeigen, daß der Friedensvertrag in vielen und wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. — Abg. Schücking (D.): Die demokratische Fraktion erklärt, daß sie dem Gesetz nicht zustimmen kann. Einig wissen wir uns mit dem ganzen Hause in der moralischen Beurteilung des Friedensvertrages. Wir protestieren feierlich vor aller Welt gegen diese Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Wir setzen unsere Hoffnung auf das Gewissen der Welt und auf das Wiedererwachen und Erstarken des Rechtsgedankens.

Abg. Traub (Dtschntl.): Wir sind uns der Folgen einer Ablehnung voll bewußt. Der Vertrag ist unerfüllbar, das werden wir immer wiederholen. Es kommt der Tag der deutschen Befreiung. Sollte man es wagen, die Hand auf die besten Führer unseres Volkes zu legen, so sagen wir: Hände weg! (Lebhafter Beifall.) Alles hat seine Grenzen. Ehre ist kein leerer Wahn, die Ehre ist alles. Die Wunde dieses Friedensschlusses wird nie vernarben, sie soll nicht vernarben. (Stürmischer Beifall rechts. Auf den Tribünen ertönt lebhafter Beifall und Händeklatschen.) — Präsident Fehrenbach: Es ist der Tribüne nicht gestattet, sich an den Beifallskundgebungen zu beteiligen. (Rufe bei den Unabhängigen: Bestellte Arbeit!) Im Falle der Wiederholung werde ich die Tribünen räumen lassen. (Große Unruhe.) — Abg. Dr. Kahl (D. V.): Die Deutsche Volkspartei wiederholt nach bestem Wissen und Gewissen ihre Ablehnung im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die sie damit vor der Weltgeschichte und dem deutschen Volke übernimmt. Wir bitten und ermahnen das deutsche Volk, die Reihen zu schließen, überall zu arbeiten und den Glauben an das Vaterland nicht zu verlieren. Sollte dieser Friede jetzt zum Völkergesetz erhoben werden, so werden wir niemals seine Rechtsbeständigkeit anerkennen. Wir lehnen einen solchen Frieden heute und immer ab. (Beifall und Händeklatschen.) — Präsident Fehrenbach: „Ich mache darauf aufmerksam, daß auch die Angehörigen des Hauses nicht in die Hände klatschen dürfen." (Widerspruch rechts. Große Unruhe.)

Abg. Henke (U.): Auf unsere Initiative ist die Regierung zur Unterzeichnung des Friedens veranlaßt worden. (Gelächter im ganzen Hause.) Wir stimmen dem Friedensvertrage zu unter dem Zwange der Gewalt, gegen die wir uns nicht wehren können. Eine Abwehr dürfen wir nicht versuchen, weil sie von neuen und großen Leiden für unser Volk begleitet gewesen wäre. — Abg. Winnig (S.) erklärt im Namen der Abgeordneten des deutschen Ostens, die Bestimmungen des Versailler Friedens über den deutschen Osten entbehren in ihrer Gesamtheit der von den verbündeten und vereinigten Mächten selbst geforderten Rechtsgrundlagen. (Zustimmung.) Darauf gestützt, legen die Abgeordneten des Ostens zugleich im Namen der von ihnen vertretenen Bevölkerung in dieser weltgeschichtlichen Stunde einmütig feierlichste Verwahrung ein gegen die Zerstückelung des deutschen Ostens. Einst wird kommen der Tag, da der Sieg des Rechtes das Unrecht von Versailles wieder gutmachen wird. (Lebhafter langanhaltender Beifall.) — Abg. Adolf Allekotte legt namens der Abgeordneten und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgerissenen Gebietsteile Verwahrung gegen das Unrecht ein, das den Ländern und der Bevölkerung dieser Gebiete geschehe, desgleichen der Abg. Waldstein (D.) im Namen der Abgeordneten Schleswig-Holsteins. — Präsident Fehrenbach: Ein echt deutscher Stamm kann in dieser Stunde nicht zu Ihnen sprechen, Elsaß-Lothringen. Ich fühle mich vor der Nationalversammlung verpflichtet, mich der Verwahrung der Vertreter der anderen von Deutschland losgerissenen Gebiete anzuschließen. — Abg. Schiffer (D.; zur Geschäftsordnung): Vor Eintritt in die zweite Beratung bitte ich um Einlegung einer Pause. Es liegt eine dringende Notwendigkeit vor, daß wir innerhalb der Fraktionen zu der überraschenden Entschließung der Deutschnationalen Stellung nehmen. (Zustimmung.) — Der Präsident verfährt unter Zustimmung des Hauses gemäß dem Vorschlage des Abg. Schiffer und beraumt die nächste Sitzung auf 12½ Uhr an.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung geht das Haus zur zweiten Beratung des Ratifikationsgesetzes über. Inzwischen haben die Deutschnationalen ihre Entschließung umgeändert zu einem Abänderungsantrag zum Gesetzentwurf selbst, sodaß dieser lauten würde: Der Unterzeichnung des Friedensvertrages werde zugestimmt unter einem Vorbehalt, wie er in der Entschließung ausgesprochen würde. — Abg. Schiffer (D.): Wir werden gegen den Antrag stimmen. Ich bedauere, daß er überhaupt eingebracht wurde. Welchen Zweck (nach rechts) Sie mit diesem Antrag verfolgen, darüber ist niemand in diesem Hause im Zweifel. Sie wollen Ihre Parteisuppe in diesem Antrag kochen. — Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat.): Unser Antrag ist der letzte Schrei nach Gerechtigkeit eines Volkes, das dem Untergang bestimmt ist. — Minister des Aeußeren Müller: Ich bedauere ganz außerordentlich, was wir in dieser historischen Stunde erleben müssen. Im übrigen glaube ich, die Zeit der Vorbehalte ist vorbei, heute kann es nur ein Ja oder Nein geben. Nur mit loyalen Mitteln können wir die Revision des Vertrages erreichen, aber mit solchen Anträgen wird sie schlecht eingeleitet. — Abg. Löbe (Soz.): Der Zweck des Antrages ist nicht zweifelhaft. Die Situation der niederschmetternden Friedensbedingungen soll agitatorisch ausgenutzt werden. — Abg. Dr. Delbrück (D.-Natl.): Unser Antrag ist schon gestern in der Fraktion beschlossen und ohne unsere Schuld nicht gedruckt worden. Er sollte keineswegs das Haus überraschen. — Abg. Haase (Unabh.): Der Abg. Traub hat deutlich gezeigt, daß Sie (nach rechts) Ihre Parteiinteressen verfolgen. Wir lehnen es ab, uns an einem Satyrspiel zu beteiligen. — Abg. Dr. Heintze (D. V.): Meine Fraktion bedauert diesen Antrag, der Mißtrauen hereingebracht hat. Die Mehrzahl meiner Fraktion lehnt ihn ab. — Abg. Schulz-Bromberg weist noch einmal die Einwürfe gegen seine Partei zurück.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei und die Annahme des Gesetzentwurfes ohne Aenderungen. Auf Vorschlag des Präsidenten tritt das Haus zugleich in die dritte Beratung ein. Das Wort wird nicht verlangt. Auf Antrag des Abg. Richter-Ostpreußen erfolgt namentliche Abstimmung. Daran beteiligen sich 323 Abgeordnete; 208 mit Ja, 115 mit Nein.

Damit ist das Gesetz angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Erste Beratung der Steuervorlagen.

Präsident Fehrenbach eröffnet die neue Sitzung um 3,25 Uhr. Die erste Beratung der Steuervorlagen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Graf v. Posadowsky äußert Zweifel, ob die Nationalversammlung überhaupt der zutreffende Ort für die Beratung der Steuervorlagen sei. Das deutsche Volk hat ungeheure Lasten aufzubringen, die seine harte Lage noch verschlimmern. Am wenigsten erträglich geht es zweifellos den Beamten. Deshalb muß bis zur Senkung der Preise mindestens eine vorläufige Gehaltsaufbesserung stattfinden. Die Annullierung der Kriegsanleihen ist ein völlig ungangbarer Weg; darin stimmen wir mit dem Finanzminister überein. Der Gedanke der Steuerzentralisierung im Reich bedarf noch der Klärung. Die Vermehrung des Vermögens durch Fleiß und Sparsamkeit ist dem Kriegsgewinn nicht ohne weiteres gleichzusetzen. Bei der riesigen direkten Steuerlast ist ein Ausbau auch der indirekten Steuern unbedingt geboten. Wir müssen vor allem sparen. Ich fordere von der Regierung eine Nachkontrolle und eine Statistik der Ausgaben der A.- und S.-Räte. — Finanzminister Erzberger: Mein Urteil über Helfferich war äußerst milde. Helfferich hat sich jeder ordentlichen Steuergesetzgebung namentlich der Kriegsgewinnsteuer, widersetzt. Nach dem grundlegenden Gesetz ist die verfassunggebende Nationalversammlung berufen, dringende Reichsgesetze zu beschließen. Das Dringendste ist aber die Sanierung unserer Finanzen. Der Friedensvertrag wird ganz anders wirken, als diejenigen glauben, die ihn uns aufgezwungen haben. Aus dem jetzigen Frieden, der nicht dauernd wirkt, wird einst der gewünschte deutsche Nationalstaat entstehen. Die besitzenden Kreise haben die Revolution benützt, um vor der Steuer auszukneifen. Sie haben dadurch ihrer Vaterlandsliebe ein äußerst trauriges Zeugnis ausgestellt. Für sozialisierte Betriebe bin ich als Finanzminister nicht in der Lage, Zuschüsse aus den Mitteln der Allgemeinheit zu geben. Die einzige Abhilfe gegen die Notlage liegt in der systematischen Preissenkung. — Abg. Wurm (U. S.): Helfen kann nur eine Sozialisierung im Sinne von Marx und Engels, also eine Sozialisierung, die wirklich der Allgemeinheit zugute kommt. — Abg. Becker-Essen (D. Vpt.): Die Kritik, die Herr Erzberger an der Amtsführung Helfferichs übte, war schon deshalb unangebracht, weil sie von der sicheren Tribüne dieses Hauses erfolgte, einem Manne gegenüber, der sich hier nicht verteidigen kann. Erfreulich ist, daß der Streit zwischen Reich und Einzelstaaten über die Ausnutzung der Steuerquellen verschwunden ist. Wir brauchen eine gesunde Mischung von direkten und indirekten Steuern. Das Finanzministerium muß uns einen Plan darüber vorlegen, wie hoch der Gesamtbedarf ist und wie es sich dessen Deckung denkt. Mit altpreußischer Sparsamkeit müssen wir uns wieder emporhungern.

Damit schließt die Besprechung. Sämtliche Steuervorlagen werden auf Antrag Schiffer (D.) an drei Ausschüsse von je 28 Mitgliedern verwiesen. — Das noch zur dritten Beratung stehende Reichssiedlungsgesetz wird an den Ausschuß zurückverwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag mit der Tagesordnung: Verfassungsentwurf.

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 9. Juli.)

Die zweite Beratung des Handels- und Gewerbeetats wird fortgesetzt. Abg. Duker (D) nimmt den legitimen Handel in Schutz, den man zu unrecht für den Schleichhandel verantwortlich mache. — Abg. Christange (U) ersucht die Regierung um Vorsorge, daß die im Lande vorhandenen Rohstoffe den Verarbeitern zu erschwinglichen Preisen zugänglich gemacht werden. — Handelsminister Fischbeck: In den sechs letzten Jahren hat kein Stand so gelitten wie der gewerbliche Mittelstand. Wir würden eine gefährliche Agitation an unserem Wirtschaftskörper vornehmen, wenn wir nicht alles aufböten, um dem Handwerk und Mittelstand wieder aufzuhelfen. Durch den Ausbau des Genossenschaftswesens werden wir hoffentlich das Erforderliche erreichen. Die schwerste wirtschaftliche Bedrohung sind für uns die Streiks. Das Koalitionsrecht ist für viele lediglich das Recht auf Streiks; sie bedenken nicht, daß der Streik das äußerste Notrecht darstellt und daß friedliche Abmachungen als ein Mittel des Koalitionsrechts genau eingehalten werden müssen. Zu einer Preissenkung von Lebensmitteln und anderen Bedarfsmitteln werden wir erst kommen, wenn der Kaufmann wieder mit der Konkurrenz in Wettbewerb tritt.

Der Handels- und Gewerbeetat wird angenommen, ebenso zahlreiche dazu vorliegende Anträge betreffend den Abbau der Zwangswirtschaft, die Verhütung der Aufsaugung des Mittelstandes, die Förderung des Genossenschaftswesens, den Schutz gegen Terrorismus u. a. — Die Anträge auf Schaffung eines neuen Arbeitsrechts für Hausangestellte, auf Abschaffung der Warenhaussteuer u. a. gehen an den Handelsausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulausschüsse. — Abg. Rürup (Str.): Die Tendenz des Gesetzes richtet sich gegen den Einfluß der Kirche. Meine Freunde können dem nicht zustimmen. Der Redner wendet sich gegen den „Vorwärts"-Artikel „Expreßpolitik des Zentrums." — Abg. Otto (D.): Wir haben sachliche Bedenken gegen den Entwurf. Die Schule muß der Kirche gleichberechtigt sein. — Abg. Lukanowitz (Dntl.): Der Entwurf bedarf der gründlichsten Vorberatung. Ihm stehen schwere Bedenken entgegen. Wir beantragen die Ueberweisung an den Unterrichtsausschuß. — Abg. Adolf Hoffmann (U.): Wir können die heutige Regierung nicht als eine Verkörperung des Volkswillens auffassen. Das Zentrum hat durch seinen Kuhhandel in Weimar die Einzelstaaten an der freiheitlichen Entwickelung ihrer Schulen gehindert. (Lärm im Zentrum.) Dem Zentrum kommt es darauf an, daß die Schule die Magd der Kirche wird. Das Zentrum wird sich noch einmal zurücksehnen nach der Zeit, wo es zu einer friedlichen Trennung von Kirche und Staat — ohne Schaden für die Kirche — kommen konnte. Ich kann es noch immer nicht glauben, daß die Mehrheitssozialisten der Preußischen Landesversammlung dem Zentrum den Steigbügel halten werden und daß sich hier der Weimarer Kuhhandel wiederholen soll. (Ironische Zurufe des Zentrums: Lauter!) Meine Stimme ist sehr laut, aber geistige Schwerhörigkeit kann sie doch nicht übertönen. — Abg. Heß (Zentr.) verteidigt das Zentrum, das von Anbeginn erklärt habe, daß es grundsätzlich an der konfessionellen Volksschule festhalte. — Abg. Neumann-Königsberg (S.): Gegen den kirchlichen Einfluß auf die Schule haben wir erhebliches Mißtrauen. — Nach weiterem Für und Wider wird ein Schlußantrag angenommen und der Entwurf dem Unterrichtsausschuß überwiesen.

Die Absendung der Ratifikationsurkunde.

Sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung hat Reichspräsident Ebert unsere Vertretung in Versailles von der Tatsache benachrichtigt, daß Staatenausschuß und Nationalversammlung die Genehmigung zur Ratifikation des Friedensvertrages erteilt hätten. Gleichzeitig wurde der Inhalt der Urkunde, die darüber in Weimar angefertigt wurde, nach Paris übermittelt, damit die Entente davon in Kenntnis gesetzt werden kann und die Folgen der Ratifikation — Aufhebung der Blockade und Herausgabe der Kriegsgefangenen — so schnell wie möglich in die Wege geleitet werden können. Die entsprechende Urkunde ist dann im Laufe des Nachmittags nach der Ausfertigung vom Reichspräsidenten unterzeichnet und am Abend sofort nach Paris abgesandt worden.

Mit der Ratifikation des Friedens durch Deutschland ist der Friede noch nicht endgültig geschlossen. Erst müssen, wie der „Vorwärts" ausführt, drei der gegnerischen Großmächte ihrerseits die Ratifikation vollzogen haben, bevor der Friedenszustand auch formell eintritt. Das mehrheitssozialistische Hauptorgan sagt: Dieser Friede ist kein Friede. Kein Mensch in Deutschland erkennt ihn innerlich an. Jedermann lehnt ihn als brutale Gewalttat ab. An den Gegnern liegt es jetzt, ihn so zu verändern und so zu korrigieren, wie er in der Tat als Friede empfunden werden kann. Nur dann wird es zu einem Dauerfrieden kommen können.

Umbildung des Kabinetts.

Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß ein Ausscheiden des Reichswirtschaftsministers Wissell aus seinem Amt zu einer Umbildung des Kabinetts führen könnte, und man glaubt, daß die Verzögerung, die die programmatische Rede des Ministerpräsidenten Bauer gefunden hat, in einem gewissen Zusammenhang damit steht. Nachdem die Ratifizierung des Friedensvertrages von der Nationalversammlung beschlossen und damit der einzige Differenzpunkt zwischen der Demokratie einerseits und den Sozialdemokraten und dem Zentrum andererseits gegenstandslos geworden ist, hält man es nicht für unmöglich, daß die Demokratie in absehbarer Zeit wieder in das Kabinett eintreten wird, um der parlamentarischen Regierungsmehrheit eine größere Tragfähigkeit zu geben. Irgend eine Stellungnahme zu dieser ganzen Frage hat die demokratische Fraktion aber noch in keiner Weise genommen.

Reichswirtschaftsminister Wissell hat sein Rücktrittsgesuch bis zur Stunde noch nicht eingereicht. Er will seine Entscheidung von dem Ergebnis der sozialdemokratischen Fraktionssitzung abhängig machen, die heute zur Klarwirtschaft Stellung nehmen wird. Als Nachfolger würden in sozialdemokratischen Kreisen Lorenz und Eberling genannt. Für die Neubesetzung scheint aber auch der Umstand von

von Arbeits- und Wirtschaftsministerium über kurz oder lang zu erwarten ist. Auch der Arbeitsminister Schlicke gehört deshalb zu den Kandidaten für Wissells Posten.

Vervollständigung der Auslieferungsliste.

Die Liste der an die Alliierten auszuliefernden Deutschen wurde Mittwoch in einigen Pariser Blättern vervollständigt. Man findet darunter noch den Herzog Albrecht von Württemberg (Blutbad an der Somme und in Ypern, Niedermetzelung in Namur), Generaloberst v. Kluck, der Frauen und Kinder vor seinem Heere hergetrieben habe, General Liman v. Sanders (Niedermetzelungen in Armenien und Syrien), Generalmajor Stenger, der am 26. August 1914 den Armeebefehl erlassen habe, von diesem Tage an dürften keine Gefangenen mehr gemacht werden, General v. Ostrowsky (Plünderung von Deinze und Erschießung von 103 Zivilisten), General v. Tesny (Erschießung von 111 Einwohnern von Arlon, sowie die folgenden Gefangenenlagerkommandanten: General Oltzen (Kassel und Döberitz), Leutnant Rüdiger (Ruhleben), Major v. Görtz (Magdeburg), die Gebrüder Niemeyer (Holzminden und Clausthal).

Um Kaiser Wilhelm.

Aus London wird gemeldet, daß den Behörden mehrere Warnungen zugegangen sind, wonach das Leben des Exkaisers gefährdet sein soll, sobald er durch die Straßen Londons geführt werden würde.

Nach dem „Journal" wird die Aufforderung an Holland auf Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers erst nach der endgültigen Zusammensetzung des Gerichtshofes gestellt werden. Zunächst soll der Exkaiser aufgefordert werden, sich freiwillig dem Gericht zu stellen. In wohl unterrichteten Kreisen glaubt man zu wissen, daß Kaiser Wilhelm nicht im Tower, sondern in einem Landhause in der Umgebung von London inhaftiert werden wird. Von dort aus werde er jeden Tag unter starker Bedeckung dem Gericht zugeführt werden.

Laut Mitteilungen, die der „Neuen Freien Presse" aus dem Haag von unterrichteter Seite zugehen, wird Holland Kaiser Wilhelm II. nur unter dem Druck der Machtmittel der Entente und nur an Deutschland ausliefern.

Die Polen erschießen gefangene deutsche Soldaten.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat am 8. Juli dem Chef der französischen Militärkommission in Berlin, General Dupont folgendes Schreiben zugehen lassen:

Herr General! Kaum habe ich meine heutige Protestnote über die letzten polnischen Waffenstillstandsverletzungen an Eure Exzellenz abgesandt, als mir ein neuer Gewaltakt seitens der Polen berichtet wird, der, was kalt überlegte Grausamkeit anbetrifft, glücklicherweise nur selten übertroffen wird. Am 6. Juli haben die Polen südlich Zduny auf neutralem Gebiet zwei deutsche Soldaten vom Infanterieregiment 51 festgenommen und durch ein sofort eingesetztes Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Es wird hiermit besonders hervorgehoben, daß die beiden Soldaten sich absolut keine Handlungen zuschulden kommen ließen, um ein solches Urteil auch nur im mindesten zu rechtfertigen. Die deutschen Kommandobehörden haben daher es an wiederholten Einsprüchen und allen erdenklichen Bemühungen nicht fehlen lassen, um eine Aufschiebung der Urteilsvollstreckung zu erzielen und durch eine unparteiische Revision desselben das Leben der beiden unglücklichen Soldaten zu retten. Trotzdem hat der polnische Abschnittskommandeur in Krotoschin, Hauptmann von Palluch, das Todesurteil bereits am 6. Juli 12 Uhr mittags in frevelhafter und unverantwortlicher Weise vollziehen lassen. Indem ich diese unerhörte polnische Bestialität Euer Exzellenz zur Kenntnis bringe, erlaube ich mir, gleichzeitig hinzuzufügen, daß eine derartige Greueltat von der Menschheit nicht ungesühnt bleiben kann und unverzüglich Genugtuung fordert. Ich wäre Euer Exzellenz daher sehr dankbar, wenn Sie mich über die unternommenen Schritte sowie deren Ergebnis freundlich auf dem Laufenden hielten, damit den Truppen die erfolgte Bestrafung der Schuldigen baldmöglichst bekanntgegeben werden kann, da deren Gereiztheit eine solche Höhe erreicht hat und ihre ungeheure Geduld in letzter Zeit von den Polen in einem solchen Maße herausgefordert wurde, daß sonst eine Gewähr für die Zurückhaltung nicht mehr gegeben werden kann.

von Brentano-Tremezzo.

Ludendorff über den verlorenen Krieg und den Frieden.

Der in Berlin weilende Redakteur Sacchi vom „Corriere della Sera" hatte eine Unterredung mit Ludendorff. Der General sagte, er habe sich über den von der Entente zu erwartenden Frieden niemals Illusionen gemacht. Auf ein gesundes Volk könne dieser harte Vertrag aber unter Umständen wie ein Stahlbad wirken. Europa werde übrigens einsehen, daß es an der Wiederherstellung Deutschlands interessiert sei, vor allem Italien, fügte Ludendorff mit sarkastischem Lächeln hinzu: denn der Krieg ist nicht allein von Oesterreich verloren worden, er wurde vom gesamten Dreibund verloren. Italien, das im Bunde mit Deutschland und Oesterreich den übrigen Mittelmeermächten gegenüber Unabhängigkeit und Prestige besaß, was ist Italien heute anders als ihr einfacher Konkurrent? Schließlich brandmarkte Ludendorff die in der ganzen Welt verbreitete Legende von den deutschen Greueln als schamlose Erfindung.

Neue Baralongtaten.

Nach einer in Kiel eingetroffenen, durchaus zuverlässigen Meldung haben die Engländer in Scapa Flow mehrere deutsche Marineangehörige, darunter den Kommandanten vom „Markgraf", als sie versuchen wollten, sich in einem Boot zu retten, an Bord dieses Bootes erschossen, obwohl sie völlig wehrlos waren. Die Besatzung des Torpedobootes „B 90" erzählt über ihr Schicksal: Wir wollten den Vereinbarungen gemäß unbewaffnet und mit der Parlamentärflagge nach Holland zum Austausch fahren. Dabei wurden wir von einem englischen Torpedobootszerstörer gewaltsam überrumpelt. Die deutsche Regierung hat auf Anfrage nach dem Verbleib des Bootes die Antwort erhalten, es sei auf militärischen Befehl zurückgehalten worden. Die deutsche Regierung hat daraufhin Protest gegen diese Maßnahme eingelegt.

Die Zerschlagung Preußens.

In einem längeren Artikel über die Zerschlagung Preußens im Achtuhrabendblatt führt Ministerpräsident Hirsch aus, der Verfall Preußens wäre nur das Vorspiel für den Verfall des Reiches, und jede Möglichkeit zu neuem Aufschwung wäre in weite Ferne gerückt. Wer Preußen zerschlägt, der darf sich nicht wundern, wenn der Traum der Reichseinheit sich nicht erfüllt. Nicht im Sonderinteresse Preußens haben seine Vertreter sich gegen die Projekte der Zerreißung Preußens ausgesprochen, sondern, wie ein Redner im Ausschuß treffend hervorhob, vor allem, weil für das Reich die unerschwächte Kraft Preußens unentbehrlich ist. Deshalb sollte die Nationalversammlung noch im letzten Augenblick alle Versuche, die Bildung neuer Staaten zu erleichtern, von der Hand weisen, nicht im Interesse Preußens, sondern im Interesse des Deutschen Reiches, im Interesse der einheitlichen deutschen Republik.

Schließung von Braunkohlengruben.

Die Gewerkschaften Orla, Zebra, Georg, Unstrut, Roßleben und Thüringen haben den Betrieb bis auf weiteres eingestellt und die Belegschaften entlassen. Der Grund für diese Maßnahme besteht darin, daß die Belegschaften sich beharrlich geweigert haben, die von den Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen vereinbarten Arbeitszeiten einzuhalten.

Wie die „Telegraphen-Union" aus Zeitz erfährt, hat sich der Bergarbeiterstreik nunmehr auf die Celsnitzer Gruben ausgedehnt. Die Streikenden zogen von Grube zu Grube und suchten die Arbeitenden zum Feiern zu veranlassen. Auf allen Gruben des Gersdorf-Celsnitzer Reviers werden nur noch die Notstandsarbeiten ausgeführt. In mehreren Versammlungen der Bergarbeiter wurde für und gegen den Streik gesprochen. Die Bergarbeiter verlangen in erster Linie die rückwirkende Bewilligung der 70 prozentigen Lohnerhöhung ab 1. Juli und den 40 prozentigen Zuschlag für die Grubenarbeiter als Mindestsatz des vom Schiedsgericht beschlossenen Durchschnittssatzes.

Die Mehrheitssozialisten gegen die Verkehrsstreiks.

In einem Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen den Verkehrsstreik heißt es:

Diese Streiks sind nur ein Schlag der Streikenden gegen sich selbst. Wenn der Staat höhere Löhne zahlen muß, geht das nur auf Kosten des Volkes selbst, das immer höhere Fahrpreise und immer mehr Steuern zahlen muß. Verlangen die Straßenbahner höhere Löhne, so müssen wir alle tief in unsre Taschen greifen. Die Streiks richten sich nur gegen unsre Arbeiter selbst. Es sind unsre eignen Genossen, die sich auf Kosten der Arbeiterklasse bereichern wollen. Schon hat der Verkehrsstreik eine größere Knappheit an Lebensmitteln und Anschwellen der Preise bewirkt. In den Beinen, im Magen und am Geldbeutel spürt also das arbeitende Berlin den Eigennutz der Streikenden.

Tagesereignisse.

— **(Zur Abstimmung in Flensburg)** Zu der von Bern aus verbreiteten Meldung, daß die vom Magistrat Flensburg angeordnete Verteilung von Fragebogen betreffs der Volksabstimmung in Kreisen des Verbandes als eine Beeinflussung der Stimmberechtigten und Verletzung des Friedensvertrages aufgefaßt würde, erfährt das „Rendsburger Tageblatt" an zuständiger Stelle in Flensburg, daß es sich um eine rein technische Maßnahme nach Art der Personenstandsaufnahme handelt und den Zweck hat, festzustellen, wieviel Stimmberechtigte vorhanden sind, und so das Material zu schaffen, auf Grund dessen späterhin die Abstimmungslisten schneller ausgeführt werden können. Es handelt sich nicht, wie durch die Berner Meldung hindurchscheint, um eine Beeinflussung der Stimmberechtigten; im Gegenteil ist den Verteilern der Fragebogen strengstens zur Pflicht gemacht worden, jede Einwirkung zu unterlassen.

— **(Französische Mißwirtschaft in Elsaß-Lothringen.)** Die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in Elsaß-Lothringen unter französischer Verwaltung wachsen täglich. Im Auftrage des Arbeitersyndikats wurde Millerand eine Protestnote gegen die Lebensmittelteuerung überreicht. Die Lothringer Hochofenwerke leiden unter Kohlenmangel und viele Arbeiter sind beschäftigungslos. Nach dem „Mülhauser Expreß" nimmt die Krise immer mehr zu. Auch die Glasindustrie ist in große Schwierigkeiten geraten. Die Arbeitslosigkeit im ganzen Lande nimmt in besorgniserregender Weise zu. Daß die Kohlenknappheit in unmittelbarer Nähe des Saarbeckens entstehen konnte, ist nach dem genannten Blatte nur auf mangelhafte Organisation zurückzuführen.

— **(Streiks im Elsaß.)** Der Basler Vorwärts erfährt aus Mülhausen, daß aus wirtschaftlichen Gründen in Mülhausen, Colmar, Straßburg und Metz besonders bei den Elektrizitätsarbeitern, ferner in elsaß-lothringischen Erz- und Kohlengruben andauernd Ausstände herrschen. Die gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angestellten fordern zur Unterstützung der Ausständigen auf. Die französischen Gewerkschaften bewilligten bisher keinerlei Geldunterstützung. Auf wiederholtes Bitten wurde geantwortet, die französischen Gewerkschaften hätten für Streikunterstützung kein Geld. Infolgedessen folgte der früheren Begeisterung für die französischen Gewerkschaften eine starke Ernüchterung.

— **Zwei bedeutende französische Großindustrielle,** die Brüder Pauet in Marseille, sind unter der Anschuldigung verhaftet worden, sie hätten für ihre Geschoßfabrikation während des Krieges minderwertige Metalle und vom Staat billig gelieferte Rohstoffe verwendet, dagegen von der Heeresverwaltung die höchsten Preise gefordert. Sie sollen im Laufe des Krieges 40 Millionen erworben haben.

— **In Danzig** traf ein englischer Ausschuß unter Führung eines Generals zur Besprechung des Friedensvertrages und der Besetzung Danzigs ein. Die Weiterreise nach Graudenz und Memel ist geplant.

— **Hochverratsprozeß Mühsam und Genossen.** Vor dem Standgericht in München begann die Verhandlung im großen Hochverratsprozeß gegen die nächst Lewine, Toller und dem flüchtigen Lewien Hauptbeteiligen an der Münchener Räterepublik. Unter der Anklage des vollendeten gemeinsam begangenen Hochverrats haben sich zu verantworten: 1. Schriftsteller E. Mühsam, Rechtsanw. Wagler, Arbeiterssekretär Fr. Soldmann, (Schweinfurt) Tischler Otto Killer aus München, Brauereiarbeiter Georg Kandbinder, ferner wegen Beihilfe zum Hochverrat Schlosser Joseph Barson, Schreiner Bzdrenga und Anton Hofmann. Der Angeklagte Mühsam legte zunächst Protest ein gegen das Standgericht, das er für unzuständig halte. Er sei am 13. April verhaftet worden, als es noch keinen Kriegszustand gab. Es sei nicht zutreffend, daß der Kriegszustand in Bayern seit Ausbruch des Krieges bestanden habe. Er verlange, vor ein ordnungsgemäßes Gericht gestellt zu werden, und nicht vor ein Gericht, das auf veralteten Bestimmungen beruhe. Er protestiere auch gegen die Verschleppung des Prozesses. Andere, die viel später verhaftet wurden, seien bereits abgeurteilt. Das Urteil gegen Lewine wäre unmöglich gewesen, wenn gegen ihn und seine Mitangeklagten vorher verhandelt worden wäre. Das Gericht erklärte nach kurzer Beratung, daß der Einspruch wegen der Zuständigkeit des Gerichts zurückgewiesen sei, denn der Kriegszustand bestehe seit 1914 und Strafhandlungen, die vor der Verhängung des Belagerungszustandes begangen wurden, fallen unter das Standrecht, soweit sie sich auf Hochverrat und ähnliche Handlungen beziehen.

— **Eichhorn vor seinen Richtern.** Der Untersuchungsausschuß der Preußischen Landesversammlung setzte am Montag die Zeugenvernehmungen fort. Er hörte Zeugen über die Tötung von Gefangenen aus dem Bürgersteinschen Hause, über Ausschreitungen der Regierungssoldaten im Januar, sowie einen Zeugen, der bekundete, daß der angebliche Polizeispitzel Noland zur Besetzung des „Vorwärts"-Hauses aufgefordert hätte. Dann wurde in die Vernehmung des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn eingetreten, der in fast anderthalbstündiger Rede seine Auffassung von der Entstehung der Januar-Ereignisse vortrug. Eichhorn wurde mit seinem Einverständnis am Dienstag vor dem Untersuchungsrichter vernommen und erschien am Mittwoch wieder vor dem Untersuchungsausschuß der Landesversammlung.

Aus aller Welt.

— **Zum Tode verurteilt.** Wegen eines am Abend des 9. November, inmitten der Berliner Revolutionsunruhen, begangenen Doppelmordes an dem Roßschlächter Josef Erbacher und dessen Braut, Minna Lüders, war der aus Russisch-Polen stammende Schlächter Boleslaus Siwinski vor dem Berliner Schwurgericht angeklagt. — Der 23 jährige Angeklagte war von Erbacher wegen eines Diebstahls entlassen worden und hatte mit einem unermittelt gebliebenen Polen Julius Julek den Plan gefaßt, E., bei dem er häufig größere Geldsummen gesehen hatte, zu berauben und zu ermorden. Die geeignetste Zeit zur Ausführung dieses Planes schien ihm der Abend des 9. November zu sein, da er hoffte, infolge der Revolutionswirren unentdeckt entkommen zu können. Er erschien gegen ½10 Uhr abends in dem Geschäft des Erbacher und gab mitten in der Unterhaltung auf E. einen Schuß ab. Als die Braut des E. hinzu eilte, erhielt sie sofort einen Schuß in den Kopf. Da Erbacher mit letzter Kraft sich vom Boden erhob, wurde er von dem Angeklagten durch zwei weitere Schüsse in den Kopf getötet. — Vor Gericht war der Angeklagte zum Teil geständig, versuchte aber die eigentliche Schuld auf den unermittelt gebliebenen Julek abzuwälzen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des zweifachen Mordes für schuldig. Das Urteil lautete deshalb auf Todesstrafe und lebenslänglichen Ehrverlust.

— **Die Geliebte ermordet und — freigesprochen.** Einen interessanten Freispruch fällte das Schwurgericht des Landgerichts III. Wegen Totschlags war der Gutsaufseher Fritz Siewert aus Neuhof bei Nauen angeklagt. — Der Angeklagte hatte im März d. Js. von dem Gutsaufseher Schurig den Auftrag erhalten, nach dem Eichsfelde zu fahren, um dort landwirtschaftliche Arbeiter anzuwerben. Diese Reise wollte er zu einer Art Vergnügungsfahrt mit der Schnitterin Anna Obuch gestalten, mit der er, mit stillschweigender Duldung seiner Ehefrau, seit 6 Jahren ein Liebesverhältnis unterhielt. Die Obuch, die offenbar mit ihren zwanzig Jahren des fünfzigjährigen Mannes überdrüssig geworden war, weigerte sich wieder die Rolle der „Reisebegleiterin" zu spielen. Es kam am 24. März aus diesem Anlaß zu einem Streit, in dessen Verlauf der Angeklagte eine Pistole hervorzog und auf das Mädchen 3 Schüsse abgab, von denen einer tödlich wirkte. Das Mädchen erlag am nächsten Tage im Krankenhause zu Nauen den Verletzungen. Der Vertreter der Anklage trat für Bejahung der Schuldfrage wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang ein, während Rechtsanwalt Dr. Frey die Verneinung der Schuldfragen beantragte, da der Angeklagte im Augenblick der Tat offenbar das Bewußtsein und die Herrschaft über sich selbst verloren habe. Die Geschworenen verneinten daraufhin die Schuldfragen und das Gericht mußte dementsprechend den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freisprechen.

— **Eine Familientragödie nach zwei Monaten entdeckt.** Eine Verzweiflungstat, die schon vor zwei Monaten begangen wurde, ist erst jetzt im Hause Kottbuser Straße 17 in Berlin entdeckt worden. Dort wurden die Leichen der 69 Jahre alten Frau Karoline Tapien mit ihren beiden 34 und 35 Jahre alten Töchtern Paula und Frieda in starkverwestem Zustande aufgefunden. Die Familie hatte im ersten Stock des Seitenflügels eine kleine Wohnung und lebte sehr ruhig und zurückgezogen. So kam es, daß es gar nicht weiter auffiel, als sich weder Frau Tapien noch eine ihrer Töchter schon seit längerer Zeit nicht mehr sehen ließen. Erst jetzt, als die Frau zum zweiten Male nicht zur Mietezahlung erschienen war und auch der Briefkasten sich so gefüllt hatte, daß er keine Sendungen mehr aufnehmen konnte, schöpfte man Verdacht und öffnete die verschlossene Wohnung, um sich nach den drei Frauen zu erkundigen. Schon beim Eintritt strömte ein starker Verwesungsgeruch aus einem Zimmer, in dem alle drei Personen tot auf dem Fußboden lagen. Die stark vorgeschrittene Verwesung läßt darauf schließen, daß die Familie schon vor ungefähr zwei Monaten den Tod gefunden hat. Da die Gashähne geöffnet waren, ist anzunehmen, daß sie sich gemeinsam mit Leuchtgas vergiftet haben. Man nimmt an, daß Nahrungssorgen die Frau mit ihren Töchtern in den Tod getrieben haben.

Ein neuer Mord in Berlin.

Aus dem Westen Berlins kommt wieder die Meldung von einem Kapitalverbrechen. Im Hause Augsburger Straße 16 wurde in der Freitag Nacht die 35jährige Pensionsinhaberin Tschopke ermordet aufgefunden. Die Ermordete hatte in der zweiten Etage des Hauses eine Sechszimmerwohnung inne, die ständig durch Pensionäre besetzt war. In der letzten Nacht gegen drei Uhr hörten die Bewohner der ersten Etage über sich eigenartige Geräusche und wiederholtes Stöhnen. In der Annahme, daß Einbrecher am Werke seien, begaben sie sich in die obere Etage und klopften bei dem Pensionat an. Als nach vergeblichen Versuchen nicht geöffnet wurde, sprengte man die Tür und fand Fräulein Tschopke gänzlich entkleidet tot vor ihrem Bette liegen. Die Leiche zeigte eine Anzahl schwerer Stichwunden. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde der Kaufmann Franz Waller verhaftet, der schon eine Zeitlang in der Pension wohnte. Walter bestreitet jede Schuld an der Tat, indessen hat er sich bereits in Widersprüche verwickelt.

*

— **Mord.** Im Südosten Berlins, in der Reichenberger Straße 141, ist gestern morgen der Fischhändler Günther ermordet worden; seine Verkäuferin wurde lebensgefährlich verletzt. Der Täter ist unerkannt entflohen.

— **Begnadigung eines Doppelmörders.** Aus Meiningen wird berichtet: Da die sozialdemokratischen Mitglieder des Staatsrats prinzipiell die Genehmigung der Vollstreckung der Todesstrafe verweigern, wurde der Doppelmörder Lippold aus Schmiedehausen bei Kamburg, der seine beiden Frauen erwürgt hatte und vom Schwurgericht zweimal zum Tode verurteilt worden war, vom Staatsrat zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

— **Schweres Erdbeben.** Nach Florentiner Nachrichten wurde Sonntag nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr die Gegend von Toskana von zwei außerordentlich heftigen Erdbeben betroffen, die sich bis nach Pisa, Bologna und Venedig bemerkbar machten. Unter der Bevölkerung herrschte Panik. Tausende kampierten im Freien. Am schwersten heimgesucht wurde das 30 Km. lange Tal des Mugello, durch das die Bahn Florenz—Faenza führt. Nach einer letzten Nachricht ist die Wirkung des Bebens in einigen Orten geradezu katastrophal. Einige Dörfer sind vollständig zerstört, in den Städten ein erheblicher Gebäudeschaden angerichtet. Man spricht von 300 Toten, militärische Hilfe ist aufgeboten.

— **Kommerzienrat Friedrich Soennecken,** der Gründer der bekannten Schreibfederfabriken, Schreibwaren- und Schreibmöbelfabriken in Bonn, ist im Alter von 70 Jahren gestorben.

— **Der erste Ehrendoktor der Kölner Universität** ist Oberbürgermeister Adenauer. Bei einer akademischen Feier Freitag vormittag wurde er sowohl von der staatswissenschaftlichen wie auch von der medizinischen Fakultät zum Ehrendoktor ernannt.

— **Eine neue Weltuntergangsprophezeiung.** Daß das Ende unseres Erdballs sehr nahe bevorstehe, erklärte der Domherr Webb Weller dieser Tage auf einer englischen Kirchenversammlung. Er sprach von den Veränderungen und Umwälzungen, die jetzt in allen Verhältnissen vor sich gingen; aber er erklärte, daß sie geringfügig seien gegen die große Veränderung, die jeden Tag und jede Nacht eintreten könne. Der Domherr prophezeite dann in bündigen Worten, daß die Weltgeschichte der Welt Ende dieses Jahres ihren Abschluß finden werde. Als die Mitteilung des alten Herrn unter der Zuhörerschaft einiges Aufsehen erregte, ermahnte er die Anwesenden, sich nicht zu fürchten, sondern bereit zu sein.

— **Ein lustiger Bubenstreich** hielt die Frankfurter a. M. eine große Anzahl biederer Bürger hereinfallen. Die von der Stadt in den Verkehr gebrachten Zehnpfennigstücke haben ein kleines Loch. Diesen Umstand benutzten ein paar Jungen, um die Geldstücke vor der Hauptwache auf das Straßenpflaster festzunageln. Sie setzten sich dann in einen Winkel des Gebäudes um sich von dort aus über die krampfhaften Bemühungen der Vorübergehenden halbtot zu lachen, die sich nach den Zehnpfennigstücken bückten.

— **Ueber ein eigenartiges Mißgeschick eines Imkers** wird aus Greifswald berichtet: Einem der letzten warmen Tage schwärmten zwei Bienenvölker eines Imkers gleichzeitig aus, vereinigten sich alsbald zu einem Schwarm. Nach langem Bemühen gelang es dem Züchter zu seiner großen Freude, den Doppelschwarm in einem Bienenkorb zu bergen und den letzteren mit einem leinenen Tuche zu bedecken, damit der Schwarm sich zunächst beruhigen sollte. Die Bienen setzten sich nun in Haufen an dem Tuche fest und gaben von dem ihnen sich tragenden Honig an das Tuch ab, so daß die Poren des letzteren verstopft wurden. Dadurch wurde den Tieren die Luftzufuhr abgeschnitten, so daß das ganze Volk erstickte.

— **Ein Vielseitiger.** Ein früherer Essener Bürger, Herr Adolf Vollbrandt, Rentner in Freiburg i. Br., hat in diesen Tagen nach fünfjährigem Besuch der Freiburger Universität im Alter von 57 Jahren das medizinische Staatsexamen sowie die Doktorprüfung bestanden. Herr Vollbrandt war nach ausgedehnten Weltreisen lange Jahre Direktor des deutschen Großkohlen-Syndikats und der Schiffbau-Stahl-Vereinigung in Essen und später technischer Großkaufmann in Hamburg. Vor fünf Jahren zog er sich vom geschäftlichen Leben zurück, um sich ganz der Pflege der Volksgesundheit, natürlich ohne Erwerbsabsichten, zu widmen. Er ist übrigens auch auf anderen Kulturgebieten erfolgreich tätig gewesen. So hat er u. a. die deutsche Schule in Apia (Samoa) gegründet und als aktiver Luftschiffer seit 1904 zur Entwicklung der Luftfahrt beigetragen.

Westfalen u. Rheinland.

Die erste Sitzung des neugewählten Kreistags.

Kamen, 10. Juli. Am Dienstag fand in Hamm die erste Sitzung des Kreistages nach Einführung des Verhältniswahlsystems statt. Die Kreistagswahlen wurden nach kurzer Debatte über einen eingegangenen Wahlprotest für gültig erklärt. Ueber die Sitzung wird mitgeteilt: Als Mitglieder des Kreisausschusses wurden gewählt: 1. Gutsbesitzer Schulze-Steinen in Drechen bei Rhynern, 2. Gemeindevorsteher P. Schönfelder in Heeren-Werve, 3. Direktor Aug. Th. Schulte in Unna, 4. Stadtrentmeister H. Cordes in Kamen, 5. Gutsbesitzer F. Böckelmann in Strickherdicke, 6. Gutsbesitzer L. Eckey in Bönen. Als Mitglieder der Einkommensteuer-Veranlagungskommission wurden gewählt: 1. für Unna Reg.-Landmesser H. Strathmann, 2. für Amt Welkum Landwirt H. Schulze-Elberg in Rünthe, 3. für Amt Rhynern Landwirt W. Große-Suthoff in Osterflierich. Als deren Stellvertreter: 1. für Unna Zimmerpolier L. Süß; 2. für Welkum Rektor F. Hötte in Altenbögge; 3. für Rhynern Gutsbesitzer K. Wilms in Kump. Eine längere Debatte verursachte Punkt 5 der Tagesordnung: Genehmigung zum Verkauf eines Grundstückes in Unna. Es handelt sich um ein Grundstück an der Hansastraße und am Kohlenweg in Größe von 2 Morgen und 100 Ruten. Dieses Grundstück, das der Kreis 1917 gekauft hat, sollte an den Fabrikbesitzer Dröge in Unna verkauft werden. Die Vorlage bezeichnete den Verkaufsgewinn mit 2500 Mark. Die Vorlage fand aber nicht die Genehmigung der dazu erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit der Versammlung. Bürgermeister Dr. Wiesner-Kamen führte aus, daß man den Grund und Boden, der einmal in der Hand der Allgemeinheit sei, nicht ohne Sicherungen gegen Bodenwucher wieder der Privat-Spekulation überlassen dürfe. Es müsse juristisch eine andere Form des Vertrages gefunden werden. Andere Abgeordnete suchten diese Bedenken zu zerstreuen. Ein Vertreter der Sozialdemokratie führte aus, da überall der Ruf nach Sozialisierung erschalle, würde man es in den Reihen der Arbeiterschaft nicht verstehen, wenn die Allgemeinheit ohne Besinnen das Obereigentum am Grund und Boden, der ihr nun einmal gehöre, wieder fahren lasse. Man solle dem Unternehmungsgeist der Industrie zwar keine Steine in den Weg legen, aber man solle sich z. B. durch Einführung der Erbpacht oder durch Uebernahme von Anteilscheinen am Gewinn das Obereigentum sichern. Der vorhandene Bahnanschluß des Grundstücks, auf den alle Anlieger ein Recht besäßen, habe für sich allein einen hohen Wert, der bei der Bewertung des Grundstückes in Betracht gezogen werden müsse. Bei Punkt 6 der Tagesordnung wurde vom Kreistage als Entschädigung für die Teilnahme der Mitglieder an den Sitzungen eine Entschädigung von 15 Mark beschlossen. Zuhörer waren nicht erschienen.

*

Kamen, 10. Juli. **(Verschiedenes.)** Die Aussichten der diesjährigen Obsternte lassen sich jetzt im allgemeinen übersehen. Allerdings lauten die zahlreichen, bei dem Deutschen Pomologenverein (Eisenach) eingegangenen Berichte so verschieden, wie kaum jemals in früheren Jahren. Aus denselben Landesteilen und ihren Obstbaubezirken werden über die gleiche Obstart oft Bericht erstattet, die sich völlig widersprechen. Man darf die heutige Obsternte wie folgt beurteilen: Aepfel in Nord- und Mitteldeutschland im allgemeinen mittel und darunter, in Süd- und Westdeutschland gut; Birnen überall durchweg gut bis sehr gut; Pflaumen in Mitteldeutschland schlecht, in Baden und anderen Bezirken Süddeutschlands kann es eine gute Ernte geben. Beerenobst aller Art gut bis mittel. Kirschen und alle Steinobstarten haben wohl sehr reichlich geblüht und zumeist auch verhältnismäßig gut angesetzt, aber infolge langer Zeit kalten Wetters und mangelnden Regens sind sehr viele Früchte abgefallen. Sauerkirschen und Beerenobst, die ursprünglich eine reichliche Ernte versprachen, haben unter der großen Dürre, teils auch durch Nachtfröste Ende April bis Mitte Mai sehr gelitten, so daß die ursprünglich sehr guten Aussichten sich sehr verschlechtert haben.

*

Zehn Jahre Postscheckverkehr.

Nach der aus diesem Anlaß für das Reichspostgebiet erschienenen Denkschrift, die ein übersichtliches Bild über die Geschichte, die Rechtsgrundlagen und die Entwickelung des Postscheckwesens gibt, hat der Postscheckverkehr in den ersten zehn Jahren seines Bestehens einen sehr beachtenswerten Umfang erreicht. Unzweifelhaft hat diese Einrichtung der Allgemeinheit wie dem einzelnen zum großen Nutzen gereicht. Sie kann in der deutschen Geldwirtschaft nicht mehr entbehrt werden. Besonders bemerkenswert ist der starke Aufschwung, den der Postscheckverkehr infolge der mit dem Inkrafttreten des Postscheckgesetzes und der Postscheckordnung am 1. Juli 1914 eingeführten Vergünstigungen und Vereinfachungen und der am 1. April 1918 eingetretenen völligen Gebührenfreiheit der barlosen Ueberweisungen aufweist. Ende 1918 betrug die Zahl der Postscheckkunden 257 800, im Mai 1919 hat sie bereits das dritte Hunderttausend überschritten. In den ersten zehn Jahren wurden im Reichspostgebiet rund 500 Milliarden Mark umgesetzt und davon 340 Milliarden Mark barlos abgewickelt. Auf das Jahr 1918 entfiel ein Umsatz von 131 Milliarden Mark, davon 102 Milliarden Mark ohne Bewegung von Barmitteln. Das Guthaben der Postscheckkunden betrug Ende 1918 zum ersten Male mehr als eine Milliarde Mark. Diese günstigen Erfolge bestätigen zu der Erwartung, daß sich im weiten Umfange die Erkenntnis der großen Vorteile und Notwendigkeit des Postscheckverkehrs in weitesten Kreisen Bahn bricht und der barlose Zahlungsverkehr sich in dem wünschenswerten Umfange ausbreitet.

*

(Erhöhung der Postgebühren.) Infolge der Steigerung der Kosten des Post- und Telegraphenbetriebes hat sich die Notwendigkeit ergeben, den Gebührensatz für die Nachsendung und Einziehung von Postsendungen zu erhöhen. Vom 1. Juli ab werden daher folgende Gebühren erhoben: Für die Eilbestellung durch den Ablieferer für jedes Paket im Ortsbestellbezirk 50 Pfg., im Landbestellbezirk 1 Mark; für jedes Paket im Ortsbestellbezirk 75 Pfg., im Landbestellbezirk 1,50 Mark, für jedes Telegramm an Empfänger im Landbestellbezirk 1 Mark. Bei der gewöhnlichen Bestellung für Pakete im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für jedes Paket bis 5 Kilo einschließlich 30 Pfg., für jedes schwerere Paket 40 Pfg., bei den übrigen Postanstalten (Postämtern 2. und 3. Klasse und Agenturen) für jedes Paket bis 5 Kilo einschließlich 20 Pfg., für jedes schwerere Paket 30 Pfg., im Landbestellbezirk für jedes Paket bis 2½ Kilo einschließlich 20 Pfg., für jedes schwerere Paket 40 Pfg., für Postanweisungen, Zahlungsanweisungen bis 1500 Mark und Wertbriefe bis 1500 Mark für jede Sendung 10 Pfg., für Zahlungsanweisungen und Wertbriefe über mehr als 1500 Mark für jede Sendung 20 Pfg. Außerdem wird vom 1. Oktober ab ein Zeitungsbestellgeld von monatlich 5 Pfg. für jede wöchentliche Abtragung eines Stückes erhoben.

(Bürgerverein Kamen.) Infolge des über Kamen verhängten Belagerungszustandes muß der für Donnerstag abend in Aussicht genommene Vortrag des Herrn Direktor Dr. Schulz im Bürgerverein verschoben werden.

(Osthilfe.) In letzter Zeit sind vielfach Aufrufe der freiwilligen Wirtschaftshilfe für den Ostschutz „Osthilfe" E. V. erschienen, in denen zur Hergabe von Spenden für die freiwilligen Truppen für den Schutz der Ostgrenze aufgefordert wurde. Nach einer Mitteilung des Staatskommissars für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen ist dem Gründer der „Osthilfe", dem Chemiker Dr. Vollbehr Charlottenburg, die Erlaubnis zur Abhaltung der Sammlung entzogen worden.

(!!) **Bergkamen,** 10. Juli. **(Gemeinderatssitzung.)** Die Lustbarkeitssteuer wurde in der Fassung, wie sie vom Amte vorgeschlagen ist, angenommen, mit Ausnahme der §§ 5 und 12 der Lustbarkeitssteuerordnung. Dem Lehrer Laduga wird mit Rücksicht darauf, daß er der Ernährer seiner Familie ist, die Mietsentschädigung eines verheirateten Lehrers (450 Mark) gewährt. Der Aufnahme Weiners in den preußischen Untertanenverband steht seitens der Gemeindevertretung nichts im Wege. Der Antrag Schürmann, Bergkamen, Kaiserstraße 183, die Krankenhauskosten seiner Tochter in Höhe von 271 Mark auf die Gemeindekasse zu übernehmen, wurde abgelehnt. Die Kosten für Anschaffung eines neuen Ofens für das Badezimmer der Nordbergschule wurden bewilligt. Beschlossen wurde auf Antrag Pohl, die Schuldeputation um vier Mitglieder aus der Gemeindevertretung und um vier des Erziehungs- und Volksschulwesens kundige Männer zu erweitern.

Massen, 10. Juli. **(Gestorben.)** Der Schuhmachermeister Heinrich Schüpph aus von hier, der am 3. Juli durch Unvorsichtigkeit eines Schützen, der sich auf der Marderjagd befand, in das linke Bein geschossen wurde, ist seinen Verletzungen erlegen.

Bönen, 10. Juli. **In der letzten Gemeinderatssitzung** wurde folgendes beschlossen: Die Versorgung mit elektrischem Licht wurde genehmigt und ein dementsprechender Vertrag mit dem Westfälischen Verbands-Elektrizitätswerk in Dortmund abgeschlossen. Die Gemeinde zahlt zu den Kosten des Leitungsnetzes einen Zuschuß von 54 000 Mk., welcher in zwei Raten zu zahlen ist. Die Kosten für die einzelnen Stromabnehmer sollen durch ein besonderes Ortsstatut geregelt werden. Die Wiedereinführung der Bönener Kirmes wurde beschlossen und als Termin der 18. Juli in Aussicht genommen. Zur Unterstützung der heimkehrenden Kriegsgefangenen wurden der Ortsgruppe Bönen (Krieg gefangenen-Heimk. hc) 1000 Mark aus Gemeindemitteln bewilligt. Für die Erhebung der Lustbarkeitssteuer wurden folgende Sätze genehmigt: Für die Veranstaltung einer Tanzbelustigung a) wenn dieselbe längstens bis 12 Uhr nachts dauert 30 Mark, b) wenn dieselbe über 12 Uhr nachts hinaus dauert 50 Mk., c) wenn dieselbe von Masken besucht wird, 75 Mark, für Vereinsfestlichkeiten bei einmaliger Festveranstaltung im Jahre a) 30 Mark, b) 50 Mark, c) 75 Mark. Für sogenannte wilde Tanzmusik a) 50 Mk., b) 75 Mk., c) 100 Mark.

Dortmund, 9. Juli. **Der Deutsche Offizierbund,** Ortsgruppe Dortmund, hat an die Königlich-Niederländische Regierung folgendes Telegramm gesandt: „In der Stunde der tiefsten Not des deutschen Volkes wenden wir uns an die Königlich-Niederländische Regierung mit der Bitte, das Asylrecht, das älteste, urgermanische Recht, im Interesse unserer Brüder, die sich im festen Vertrauen auf alte internationale Rechtssätze in den Schutz der Niederländischen Regierung begeben haben, gegen feindliche Rachgier zu wahren. Wir erheben insbesondere flammenden Protest dagegen, daß, wie unsere Feinde fordern, Kaiser Wilhelm einem Tribunal ausgeliefert wird, dem, wie die uns aufgezwungenen Friedensbedingungen zeigen, jeder Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit abgeht. Wir vertrauen fest darauf, daß das stammverwandte niederländische Volk sein Hausrecht zu Gunsten deutscher Männer durchzusetzen wissen wird, die ihr alles für ihr Vaterland eingesetzt haben. Deutscher Offizierbund, Ortsgruppe Dortmund, Schultz, Justizrat und Hauptmann der Landwehr."

Bochum, 8. Juli. **Der hiesige Landrat und Polizeipräsident** Gerstein hat zum 1. Oktober sein Abschiedsgesuch eingereicht. Landrat Gerstein hinterläßt nicht nur als tüchtiger Verwaltungsbeamter, sondern auch als weitblickender und erfolgreicher Leiter der großen wirtschaftlichen Unternehmungen Emschergenossenschaft, Elektrizitätswerk Westfalen einen guten Ruf.

Paderborn, 9. Juli. **Infolge der Verhängung des Belagerungszustandes** traten gestern vormittag die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte gleichfalls in den Ausstand. Verhandlungen wegen Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes sind im Gange. Der Belagerungszustand ist im Einverständnis mit dem Reichskommissar Severing lediglich als Vorsichtsmaßregel aus Anlaß der Vorgänge am Samstag vormittag verhängt worden. Wenn innerhalb von zwei Tagen keine Störungen in der Stadt eintreten, wird er gemildert werden. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes sind ebenfalls in den Ausstand getreten, der Betrieb wird aber durch Beamte aufrecht erhalten.

** **Düsseldorf,** 8. Juli. **(Wegen Raubes verurteilt.)** Der Reisende Wilhelm Pesch und der Techniker Karl Klüter, beide wegen Eigentumsvergehens schon vorbestraft, hatten am Nachmittag des 16. April die 59jährige Hausbälterin Selma Röhlen eines Oberlandesgerichtsrates in seiner Abwesenheit überfallen sie zu Boden geworfen, geknebelt und gewürgt und sodann eine Menge Kleider, Wäschestücke, Lebensmitteln und mehrere hundert Mark bares Geld mitgenommen. Mit dem Revolver hatten sie dabei die Drohung ausgestoßen: „Wenn Sie einen Laut von sich geben, werden Sie erschossen." Wegen schweren Raubes unter Anklage gestellt, wurde vom Schwurgericht Pesch zu 6 Jahren, Klüter zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

M.-Gladbach, 9. Juli. **(Dreifacher Mörder zum Tode verurteilt.)** Nach siebentägiger Verhandlung verurteilte das hiesige Schwurgericht den Gärtner Heinrich Krings aus Schlich bei Glehn wegen dreifachen Raubmordes dreimal zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. K., der 1870 geboren ist, hat den Lederhändler Hilgers aus Bonn, den Dienstmann Marx aus Bonn und den Kaufmann Kerp aus Weiden bei Köln durch billige Lebensmittelangebote in die Gegend von Grevenbroich gelockt, und zwar in den Jahren 1916 und 1918, und hat sie dann bei Liedberg erschlagen und verscharrt.

Weitere Nachrichten.

Prinz Heinrich stellt sich dem König von England.

Die „Hamburger Nachrichten" melden: Prinz Heinrich von Preußen hat an den König von England folgendes Telegramm gerichtet:

Sr. Majestät dem König von England, Buckinghampalast, London. Namens der Gerechtigkeit bitte ich Ew. Majestät, von einer Auslieferung S. M. Kaiser Wilhelms Abstand zu nehmen. Ich bin nach der Aussprache mit Ew. Majestät am 26. Juli 1914 nach Deutschland zurückgekehrt, weilte bis zum Ausbruch der Mobilisation bei unserem Kaiser und bin Zeuge, wie der Kaiser und seine Ratgeber bemüht waren, mit allen erdenklichen Mitteln einen Krieg als Unheil für die Menschheit abzuwenden. Um die Legenden über den Kaiser zu widerlegen, stelle ich mich Ew. Majestät zur Verfügung, um mit zu helfen, die Wahrheit über die Kriegsursache ans Licht zu bringen.

Die Aufhebung der Blockade.

„Daily Mail" meldet: Das Wirtschaftsamt gab Befehl, daß, sofern bis Donnerstag abend die Ratifizierung des Friedensvertrages von Deutschland angezeigt ist, die Blockade gegen Deutschland am Samstag früh in vollem Umfange aufgehoben wird. Lloyd in London nimmt zum ersten Male seit Kriegsausbruch wieder Versicherungen für Schiffstransporte nach deutschen Häfen an.

Aus Paris wird gemeldet: Der französische Ministerrat faßte in seiner heutigen Sitzung den Beschluß, der Poincaré zur Unterzeichnung vorgelegt werden soll und dessen Tendenz ist, daß für verschiedene Artikel, die am nötigsten sind, z. B. Häute, Leder und andere Rohstoffe sowie für Leibwäsche und andere die Grenze geöffnet werden soll.

Die Berliner Streikbewegung.

Der Berliner Straßenbahnerstreik geht weiter. In vier Versammlungen beschlossen gestern die Straßenbahner und ebenso die Hochbahner, den Ausstand fortzusetzen bis zur Erringung des Sieges. Der Bürgerrat wandte sich an den Reichswehrminister und empfahl, den Streikenden ein Ultimatum zu stellen und durch freiwillig einzustellende Ingenieure und Techniker einen Teil der Bahnen wieder in Betrieb zu setzen.

Die Vertrauensmänner des Deutschen Bankbeamtenvereins in den Berliner Großbanken verwarfen gestern mit 204 gegen 6 Stimmen den am Sonnabend gefällten Schiedsspruch. Im Verlaufe ihrer Versammlung trat plötzlich Emonts aus einer Kulisse hervor und rechtfertigte sein Verhalten. Er erklärte, daß er bereit sei, sich einem deutschen Gericht zu stellen. Nachdem er ungefähr 5 Minuten gesprochen hatte, verschwand er wieder. Die Versammlungsleitung sperrte den Saal für einige Zeit, um zu verhindern, daß ein Teilnehmer die Polizei benachrichtige. — Wie der Bankbeamtenverein mitteilt, wurde nach der Versammlung der Bankbeamten Großberlins das Mitglied des Vollzugsrates und Geschäftsführer des Bankbeamtenverbandes, Marx, verhaftet.

Die Lage in Hannover.

Nachdem am Dienstag morgen der Belagerungszustand über Hannover, Linden und Leinhausen verhängt worden ist, ist der Tag bisher ruhig verlaufen. Fast alle öffentlichen Gebäude, vor allem der Bahnhof, das Generalkommando und das Polizeipräsidium sind durch Stacheldrahtverhaue abgesperrt. Den Schutz des Bahnhofes hat das aus Studenten bestehende Zeitfreiwilligenbataillon Nr. 1 Hannover übernommen. Truppen in Stahlhelmen fahren in Lastautos mit Maschinengewehren in verschiedenen Abständen durch die Straßen. Bisher sind keine neuen Unruhen vorgekommen.

Die auf dem Bahnhof eingetroffenen Truppen wurden vom Gesindel tätlich angegriffen, welches versuchte, ihnen die Waffen abzunehmen. Die Truppen mußten zur Selbstverteidigung von der Waffe Gebrauch machen. Dabei gab es einige Tote und Verwundete. — Wie der „Hannov. Kur." dazu weiter meldet, zog nach den Gewaltakten auf dem Ernst-August-Platz eine Anzahl Spartakisten nach dem Schloß und holte dort die Gefangenen heraus. Hierauf zog die Menge vor einige Polizeireviere, um dort nach Waffen zu suchen, und schließlich zum Militärgerichtsgefängnis, wo die Wache die Waffen der Menge ohne Widerstand überließ. Hierauf erzwang sie sich Einlaß und befreite sämtliche Gefangenen. Die Gerichtsakten wurden in der Haller-Straße verbrannt. Nunmehr begab sich der Mob nach dem Zellengefängnis, wo ihm Reichswehrtruppen und Schutzleute entgegentraten. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, das mehrere Tote und Verwundete forderte. Schließlich floh die Menge.

*

— **In Hamburg** beschloß die Vertreterversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, dringend den im Ausstande befindlichen Kollegen die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Zu der weiteren Erregung der Eisenbahner ist zu bemerken, daß die Betriebswerkstätte Ohlsdorf gestern die Arbeit eingestellt hat. Die Betriebswerkstätte Hamburg-E hat gestern mittag die Arbeit niedergelegt.

Wochenchronik.

Nun haben wir den Frieden! Endlich! Endlich!
Der Völker Zwietracht ist hinweggetan,
Aus ist der Krieg, der grausam war und schändlich.
Gott sei gelobt, daß wir sein Ende sahn!
Nun ward uns wieder junge Kraft gegeben,
Nun wandern wir mit Freuden höhenwärts
Und alle Völker werden glücklich leben,
Und glücklich schlägt auch unsres Volkes Herz

Ach so war's nicht! So wär's vielleicht gewesen,
Hätt' sich der Rat der Völker recht gemeint,
Dann wäre wohl vom Haß die Welt genesen
Und spürte, daß die Sonne wieder scheint.
Wir durften so den Frieden nicht begrüßen
Den Frieden, den mit Grauen nur man nennt,
Grausam tritt er der Völker Glück mit Füßen
In seinem haßerfüllten Dokument.

Zwei Deutsche mußten ihren guten Namen
Zum Opfer bringen solcher Schmach. Es hieß
Ein hart Martyrium, das sie auf sich nahmen
Und sie das Schandblatt unterzeichnen ließ.
Nun ist's geschehn! Nun trägt es Schritt und Siegel,
Der Schande ist ihr Zeugnis ausgestellt,
Nun sitzt der Friede hinter Schloß und Riegel,
Und Haß und Rachsucht lasten auf der Welt.

Nun ist es Friede! Wenn wir ihn doch spürten
Mit Segenshänden. Nichts dergleichen zeigt
Sich irgendwo. Die, die den Krieg einst schürten,
Sind jedem Frieden gründlich abgeneigt.
Es bleibt beim Grenzschluß, bleibt bei der Blockade,
Und die Gefang'nen schickt man uns nicht heim.
Ach, umgekehrt erwarteten wir's gerade,
Wir gingen eben wieder auf den Leim.

Wir sind die Dummen, seit wir uns entmannten,
Seit wir der „Völkerbrüderschaft" vertraut,
Seitdem wir Berge auf den hirnverbrannter
Unreifen Plan des Völkerbund's gebaut!
Wir sind die Dummen, und wir stimmen heiter
Tagtäglich unsrer Feinde bunten Hauf,
Wir sind die Dummen, weil wir immer weiter
Hinunter steigen, statt voll Kraft hinauf.

Wo ist die Kraft, die uns der Not entrisse?
Wo ist der Mann, der zielbewußt uns führt?
Der unser Volk belehrt, auf daß es wisse,
Was ihm zu tun jetzt einzig nur gebührt.
Arbeit ist Pflicht! Wer eigennütz'gen Grundes
Der Arbeit sich enthält, versündigt sich.
Du deutsches Volk, du armes, todeswundes,
Kehr' um zur heil'gen Pflicht! Besinne dich!

Laß' von den Streiks, den wilden, wahnsinnstollen,
Flieh' den, der teuflisch dir den Sinn verwirrt!
Laß freudig wieder alle Räder rollen,
Auf daß die Ordnung endlich Sieger wird
Auf daß sich endlich Leben wieder rege,
Daß jeder wieder lebe seiner Pflicht,
Heut' gehn wir tief in Sorgen unsre Wege
Ach, käme bald der Tag, der sie zerbricht.

Ult.

Vereinsnachrichten.

Bergkamen, 10. Juli. **(Preisgekrönt.)** Mit großer Freude kehrte der Turnverein „Jahn"-Bergkamen von dem Turn-Feste Buer-Nord zurück. Er erhielt dort folgende Preise: 1. Haupt-Ehrenpreis im Festzug, und der erste Turnwart Richard Teuber erhielt den 1. Ehrenpreis in der ersten Klasse am Barren. Vom Turn-Klub Herne erhielt der Verein folgende Preise: Den 3. Ehrenpreis im Festzug, den 2. Ehrenpreis im Aufmarsch und den 1. Preis für weiteste Herkunft. Möge der Verein weiter blühen und gedeihen.

Sport.

Kamen, 10. Juli. B.-V. Lünen I — Sportverein Kamen 13, e. V., I. 0:9. — Beide Mannschaften traten in guter Aufstellung an. Der Sportverein legte sich gleich kräftig ins Zeug. Lünen konnte sich noch nicht zurechtfinden, wodurch Sportverein 13 fünfmal einsenden konnte. In der zweiten Halbzeit kam Lünen besser auf, konnte aber trotzdem kein Tor für seine Farben buchen, wogegen Sportverein noch 4 Tore verzeichnen konnte. Die Kamener Mannschaft war heute in hoher Form. Bei glattem Boden ein faires, äußerst schnelles Spiel, unter erfahrener Leitung. Mit 9:0 für Sportverein Kamen 13 trennten sich die Parteien. Das Spiel der Jugendmannschaften des Hammer Spielvereins: Sportverein Kamen endete mit einem Siege der Kamener mit 7:0 Toren.

Briefkasten.

K. H. Nr. 106. Wenn das Service Ihnen geschenkt worden ist, was wohl anzunehmen ist, muß es Ihre Frau herausgeben. Lehnt sie die Rückgabe ab, so müssen Sie den Klageweg beschreiten.

L. M. in Kamen. Es müssen doch sehr triftige Gründe für die Fürsorge-Erziehung der Kinder vorgelegen haben. Ob ein Antrag, Ihnen die Kinder freizugeben, Erfolg haben wird, das läßt sich ohne genaue Kenntnis der Sachlage nicht beurteilen. Setzen Sie sich mit dem Vormundschaftsgericht hier in Verbindung.

J. W. in Kamen. Halten Sie an dem festgestellten Betrage von 360 Mk. fest. Wir sind überzeugt, daß die Gesellschaft, um einer Klage aus dem Wege zu gehen, sich bereit finden wird, diese Summe zu zahlen. Lehnen Sie also das Angebot von 285 Mk. ab und halten Sie die Forderung von 360 Mk aufrecht. Kommt es zum Prozeß, so legen Sie der Klage den vollen versicherten Betrag von 1000 Mk. zu Grunde.

D. D. Holzwürmer werden vernichtet indem man mit seinem Pinsel Lösungen von 5 Gr. Karbolsäure oder Benzin, Terpentin, Wermutabkochungen bringt. Legt man frisch geschälte Eicheln in die Nähe der Wurmlöcher, so findet sich der Holzwurm bald bei diesen ein und kann dann leicht beseitigt werden.

H. S. 100 in Heeren. Der Strafantrag ist nicht zu spät erfolgt, da Verjährung noch nicht eingetreten war.

Sportverein Kamen 1913 e. V.

Mitglied des Westdeutschen Spielverbandes, des Deutschen Fußballbundes und der Deutschen Sportbehörde für Athletik.

Sportplatz: Schützenhof (Westfstraße).

Sonntag, den 13. Juli 1919, nachmittags 2½ Uhr:

2. Mannschaft Verein f. Bewegungsspiele Annen i. Westf. — 2. Mannschaft Sportverein Kamen e. V.

Nachmittags 4 Uhr:

Propaganda-Spiel!

Liga-Mannschaft des 2. westf. Reichswehr-Infstr.-Regts. 16, Freikorps „Hacketau". — 1. Mannschaft Sportverein Kamen e. V.

Karten im Vorverkauf 50 Pfg., an der Kasse 75 Pfg.

Vorverkaufskarten sind bei den Mitgliedern zu haben.

Die Spielleitung übernimmt ein Schiedsrichter des Westdeutschen Spielverbandes.

N. B.: Das Spiel findet bei jeder Witterung statt.

2721

Anordnung über Höchstpreise für Käse und Quark.

Auf Grund des § 3 Absatz 1 der Verordnung des Bundesrats über Käse vom 20. Oktober 1916 (Reichsgesetzblatt S. 1179), des Erlasses des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 2. Juni 1918 — A II 4529 — und des Erlasses vom 14. Juni 1918 — VIb 1736 — bestimme ich mit Genehmigung des Reichsernährungsministeriums folgendes:

I. Meine Anordnung über Höchstpreise für Käse vom 23. September 1918 Nr. 3952 A.-K. wird aufgehoben.

II. Der § 1 Ziffer III meiner Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Käse vom 1. Dezember 1917 erhält folgenden Wortlaut:

Nr.	Quark und Quarkkäse	Herstellerpreis für 50 kg in	Großhandelspreis für 50 kg in	Kleinverkaufspreis für 50 kg in
		Mark	Mark	Mark
1.	Speisequark mit einem Wassergehalte von höchstens 75 v. H.	100	—	115
2.	Gepreßter Quark, Rohstoff für Quarkkäse, mit einem Wassergehalte von höchstens 68,5 v. H.	120	—	—
3.	Lebquark (Süßmilchquark) mit einem Wassergehalte von höchstens 60 v. H.	130	—	—
4.	Frischer, leicht angereifter Quarkkäse (Harzer-, Mainzer-, Spitz-, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse)	150	175	200
5.	Gereifter Quarkkäse (Harzer-, Mainzer-, Spitz-, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse) mit einem weißen Kern von höchstens ⅔ Schnittfläche	165	195	235
6.	Gereifter nach Lassonschem Verfahren hergestellter Quarkkäse	170	185	215

III. Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. 2717

Münster, den 7. Juni 1919.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen.
J. V.: gez. Kirchner.

Veröffentlicht!
Hamm (Westf.), den 27. Juni 1919.
Der Landrat. J. V.: v. Winterfeld.

Neue und gebrauchte **Pianos** Flügel Harmoniums sind noch in großer Auswahl vorrätig. Freie Lieferung auch zu bequemen Bedingungen 2692

Roth & Junius
Piano- u. Flügelfabrik
Hagen W., Bahnhofstr. 29.
2. Fabrik Berlin S 42.
Gold. Ausstellungspreise Staatsmedaille. 874₃

Ackerspörgel Incarnatklee Gelbklee Weißklee Herbst-stoppelrüben Geflügel-futter 2725 Großebohnen
Arnold Wiemer.



Ein Laufpferd
daselbst 10 Mille
Zigarren
zu verkaufen. 2712
Weststraße 16.

Zu verkaufen: 2734
1 Kücheneinrichtung, 1 Plüschsofa, 1 Stoffsofa, 1 Ledersofa, Bettstelle mit Matratze, 1 Kleiderschrank, 1 Klappstuhl, und Kinderbettchen.
Blume, Schillstr. 5.

Hobelspäne
zum Feueranlegen hat abzugeben a Sack zu 30 Pfg
H. Fiene, Kamen,
Mechanische Schreinerei.

Ein Portemonnaie
mit Inhalt auf der Königstraße 2723
gefunden.
Abzuholen gegen Erstattung der Unkosten.
Weststraße 35.

Lebensmittelverteilung im Amt Unna-Kamen.

1. Auf Reichsfleischkarte 100 Gr. Fleisch einschließlich Wurst, auf Fleischzulagekarten je 50 Gr. Fleisch.
2. Auf Fettkarte 60 Gr. Butter, das Pfund zu 4,40 Mk.
3. Auf Lebensmittelkarte 110 Gr. Graupen, 30 Gr. Kartoffelmehl und 300 Gramm Reis; der Kleinhandelsverkaufspreis für Reis beträgt 2,20 Mk. je Pfund.
4. In den Gemeinden Afferde, Südkamen und Wasserkurl wird Käse in geringeren Mengen ausgegeben, das Pfund zu 10,30 Mark; die Gemeindevorsteher regeln die Verteilung. Bei Eingang weiterer Mengen werden die übrigen Gemeinden beliefert werden.
5. Für Kinder bis zum 4. Lebensjahre, Kranke, Wöchnerinnen und Schwangere sind an die Gemeinden geringere Mengen Kakao, 125 Gr. zu 2,65 Mk., geliefert. Die Gemeindevorsteher regeln die Verteilung.
6. An die Gemeindevorsteher sind Bezugsscheine für 300 Gr. Gerstengrütze ausgegeben. Die Grütze gelangt zur Verteilung, sobald die Kleinhändler die Ware von den Großhändlern erhalten haben.
7. Auf Fetteinfuhrzusatzkarte 50 Gr. Margarine, das Pfund zu 2,05 Mk.
mittel erfolgt weitere Bekanntmachung.
8. Auslandsmehl und -Speck sind noch nicht eingetroffen, bei Eingang dieser Lebens-
9. Die in den Gemeinden noch vorhandenen Bestände an kondensierter Milch müssen noch zum alten Preise, für den sie übernommen sind, verkauft werden.

Unna, den 7. Juli 1919.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Gebr. Hochheimer, Kamen i. W.
Einkaufsstelle moderner Sportbekleidung.
Lieferung vollständiger Ausrüstungen
Vereins-Utensilien vieler Gattungen. | Sport-Geräte und Vereins Preise | Dekorationsartikel aller Art.
Anfertigung von Militär- und Vereinsmünzen.
Übernahme ganzer Saal-, Zelt- u. Garten-Dekorationen
Kostenanschläge gratis. — Prima Referenzen.
Einzigstes Geschäft dieser Art am Platze
Fernruf 24. Fernruf 24.

Amt Unna-Kamen.

Die Ausgabe der Mahlkarten für Selbstversorger

für die Zeit vom 15. Juli bis 14. August 1919 wird wie folgt festgesetzt:

Am Dienstag, den 15. Juli 1919: Gemeinde Afferde 2½—3¼ Uhr, Zimmer 7; Gemeinde Heeren-Werve 2½—3¼ Uhr, Zimmer 6; Gemeinde Lünern 2½—3¼ Uhr, Zimmer 5; Gemeinde Massen 3¼—4 Uhr, Zimmer 7; Gemeinde Mühlhausen 3¼—4 Uhr, Zimmer 5; Gemeinde Stockum 3¼—4 Uhr, Zimmer 6; Gemeinde Südkamen 4 bis 4¾ Uhr, Zimmer 5; Gemeinde Uelzen 4 bis 4¾ Uhr, Zimmer 7; Gemeinde Wasserkurl 4—4½ Uhr, Zimmer 6; Gemeinde Siddinghausen 2—3½ Uhr durch Gemeindevorsteher Düllmann; Gemeinden Hemmerde und Westhemmerde 2—3½ Uhr durch den Gemeindevorsteher Grube, Hemmerde; Gemeinden Oberaden, Weddinghofen und Niederaden 2—3½ Uhr durch Gendarmerie-Wachtmeister Peters in der Wirtschaft Hüttemann in Oberaden; Gemeinde Methler 2 bis 3½ Uhr durch Hauptlehrer Budde an der Ausgabestelle Methler; Gemeinde Westick 2 bis 3½ Uhr durch Gemeinde-Vorsteher Koch an der Ausgabestelle Westick.

Unna, den 6. Juli 1919.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Westf. landwirtschaftl. Berufsgenossenschaft

Bekanntmachung.

Während des Krieges sind infolge des durch die Einberufungen zum Heeresdienste entstandenen Ausfalles an Arbeitskräften weibliche, jugendliche und gebrechliche Arbeiter auch zu solchen Tätigkeiten herangezogen worden, die nach den Unfallverhütungsvorschriften von ihnen nicht ausgeführt werden durften. Um die Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes nicht zu gefährden, hat die Berufsgenossenschaft hiergegen keinen Einspruch erhoben, vielmehr ist jede durch den Zwang der Verhältnisse gebotene Erleichterung der Unfallverhütungsvorschriften zugestanden worden. Nachdem nunmehr die Voraussetzungen für solche Erleichterungen weggefallen sind, ist die strenge Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften wieder geboten. Insbesondere dürfen Kinder unter 10 Jahren mit dem Antreiben der Zugtiere an Göpeln, Kinder unter 14 Jahren auf der Bühne von Kraftdreschmaschinen, sowie mit dem Einlegen in Dresch- und Futterschneidemaschinen, männliche Personen unter 16 Jahren und weibliche Personen mit der Bedienung von Kraftmaschinen nicht beschäftigt werden. Ferner dürfen nicht verwendet werden taube Personen zum Antreiben der Zugtiere bei Göpeln, zur Leitung von Fuhrwerken, sowie in Steinbrüchen und Mühlen, geisteskranke und blinde, idiotische (schwachsinnige) oder epileptische Personen zur Leitung eines Fuhrwerkes sowie in land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetrieben, geisteskranke und blinde, auch nicht an landwirtschaftlichen Maschinen. Auch bei der im vaterländischen Interesse gebotenen und erwünschten Beschäftigung von Kriegsbeschädigten müssen die Unfallverhütungsvorschriften uneingeschränkt eingehalten werden.

Der Genossenschaftsvorstand.

Veröffentlicht! 2716
Hamm (Westf.), den 25. Juni 1919.
Der Landrat: J. V.: v. Winterfeld.

Zum Einholen von Versicherungsbeiträgen wird für Kamen, Altenbögge und Umgebung ein

junger Mann

im Alter von 25—35 Jahren, welcher Sicherheit stellen kann u. Radfahrer sein muß, sof. gegen festes Gehalt und Nebenbezüge gesucht. 2705
Selbstgeschriebene Offerten sind bei der Geschäftsstelle dieser Zeitung unter Nr. K. M. 300 niederzulegen.

Reis-Stärke Bleich-Soda Waschpulver Streichhölzer Rosinen Pflaumen.
Arnold Wiemer.
2724

Geld
in jeder Höhe gegen monatliche Ratenzahlung erhalten Leute jeden Standes durch E. Wand, Hamm (Westf.), Ostkraße 49. 2353

Junges Mädchen, 22 Jahre alt, sucht z. 1. Aug.
Stellung
am liebsten bei Familienanschluß. 2713
Zu erfr. in der Geschst.

Ein ordentliches
Dienstmädchen
kann Stellung erhalten.
Haake,
Südkamen.

Jüngeres, ordentliches
Dienstmädchen 2689
gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Ein ordentliches
Mädchen
für alle Hausarbeiten zu sofort gesucht. 2729
Wo, sagt die Geschst.

Junger Handwerker sucht bei anständiger Familie in Kamen
Kost u. Logis.
Schriftl. Angeb. unt. R. K. 2732 an die Geschäftsstelle. 2732

Warne hiermit jeden vor unwahren Aussagen über mich, da ich sonst gerichtlich vorgehen werde. 2706
Frau Wilhelm Rennert.

Vom der Reise zurück!
Zahnarzt Ortlepp,
Unna,
Fernsprecher 323.

Kammerjäger
Thömmes
vert. sämtl. Ungeziefer. Bestellungen nimmt die Zeitung entgegen. 2561

Ein ostfriesisches
Mutterlamm
zu verkaufen oder gegen eine Milchziege zu vertauschen. 2728
Wo, sagt die Geschst. der Kamener Zeitung.

Ein gut erhaltenes rotes
Plüschsofa
(Friedensware) zu verkaufen. 2711
Lipinski,
Bergkamen,
Kaiserstr. 42.

Großer
Eisschrank
zu verkaufen.
Angeb. unt. 2727 an die Geschäftsstelle.

Tinten
zu haben in der
Buchhandlung der „Kamener Zeitung".

Seegespenster.

Ein Roman von der Insel Sylt von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

Amerikanisches Copyright 1918 by Anny Wothe-Mahn, Leipzig.

35. Fortsetzung.

Und nun all dieses Knospen und Blühen und diese Lenzseligkeit um sie her.

Und dann das größte aller Wunder: ein winziges, kleines Menschenkind in der zierlichen Korbwiege unter den weißen Mullvorhängen mit blauen Schleifen. Tiefe, blaue Kinderaugen blickten in die ihren.

Estrid konnte es nicht fassen, daß das Kind da war — ihr Kind.

„Ein herrlicher Junge", behauptete Ukke, die unermüdlich um die Frau herum war, obwohl sie ihre Sorge oft unter einer rauhen Außenseite verbarg.

Estrid lag ganz still in ihrem Bett und ließ keinen Blick von der Wiege. Zuweilen, wenn die Sonne sich hereinstahl, sah sie die seidenweichen Härchen des Kindes golden aufschimmern und sie dachte dann:

„Er hat seines Vaters Haar und seines Vaters strahlende Augen. Vielleicht auch sein Herz."

Voller Angst grübelte sie weiter, bei der Vorstellung, der Kleine könne werden wie sie. —

Und in ihrer Herzensangst betete sie für ihr Kind.

Wunderschön sah Estrid aus, als sie mit gleichem Antlitz im Bett lag, die dicken, goldenen Flechten über der Brust und einen seltsamen, fast überirdischen Glanz in den Augen. Peter Bonken, der kam, seinen Sohn zu sehen, war betroffen von diesem Ausdruck in Estrids Gesicht. So hatte er Estrid nie gesehen. —

Er beugte sich lange über das kleine Gesichtchen seines Kindes. Estrid sah, wie Peter seine großen Hände bewegt ineinander legte über dem winzigen Haupte des Jungen, der ihm und ihr gehörte und den er doch allein für sich wollte.

Der tiefe Groll gegen Peter stieg wieder in Estrid auf und machte sie hart und ungerecht, als ihr Mann an ihr Lager trat, wie zum Segen seine Hände auf ihre Stirn legte und aus tiefstem Herzensgrunde sagte:

„Du hast mir viel genommen, Estrid, aber du hast mir viel gegeben. Laß es Frieden zwischen uns sein, um unseres Kindes willen."

Da schüttelte Estrid die so weich auf ihrer Stirn ruhende Männerhand unwillig ab. Ihr Blick ging über sie hinweg zum Fenster hinaus und blieb an den schimmernden Wogen haften, die in weißem Spitzengekräusel heranbrausten.

Kein Wort kam über ihre Lippen. Leise ging Peter Bonken hinaus und Ukke sah böse auf die Frau, die „nicht gut" war.

Alle Tage kam Peter nach seinem Kinde zu sehen. Estrid fieberte seinem Kommen immer voll heimlicher Angst entgegen. Sie meinte oft, Peter müßte das Kind mit sich nehmen und sie würde es dann nicht wiedersehen. Aengstlich verfolgte sie jede Miene und Bewegung Peters.

Ukke hatte die kleine Wiege dicht an ihr Lager rücken müssen und wenn sie allein mit dem Kinde war, plauderte Estrid mit ihrem Jungen genau so zärtlich und heimlich wie andere Mütter auch.

„Du wirst deine arme Mutter nicht verlassen", flüsterte sie dann eindringlich, „und wenn sie uns trennen, die uns garnicht lieb haben, wirst du immer wieder den Weg zu deiner Mutter finden, nicht wahr?"

Peter kam nie ohne eine Aufmerksamkeit für Estrid. Eine seltene Frucht, eine Blume, die soeben in der Heide erblüht die sie jetzt nicht in ihrer wunderbaren Blütenpracht sehen konnte, die silbernen Seidenblumen des Wollgrases brachte er ihr und die ersten grünen Zweige der jungen Birken. Und er erzählte ihr von dem knospenden, würzeduftenden Heidemeer, daß alle Kräuter blühten und daß es gewiß schon Sommer würde, wenn er sein Kind über die Heide tragen würde zum ersten Mal.

Estrid sagte nie ein Wort, aber sie lauschte mit dem Herzen auf jeden Laut, auf den verborgenen Unterton, der ihr offenbaren sollte, daß Peter ihr Feind war.

Sie vermochte nicht, ihn herauszuspüren. Heimlich zitterte sie vor dem Augenblick, wo sie aufstehen mußte. Sie wußte selbst nicht, was sie fürchtete.

Oft dachte sie — daß sie sterben wollte und ihr Kind mit sich nehmen. Wenn jedoch die Kinderaugen sie so strahlend ansahen, als könnten sie zu ihr reden, empfand sie schaudernd, daß ihr Wünschen Sünde war.

An Ingewart Ferks dachte sie viel und jetzt erst verstand sie, wie weh sie ihm getan.

Die Mutter und Sölve waren zu kurzem Besuch bei ihr gewesen. Mutter Wibke hatte den Segen über des Kindes Haupt gesprochen und Sölve hatte den Jungen geherzt und geküßt.

Von Ingewart hatten sie nicht gesprochen — wohl um sie zu schonen.

Als die Mutter ging, da hatte Estrid sich ein Herz gefaßt und ganz leise und schüchtern nach dem Kranken gefragt.

Mutter Wibke hatte den Kopf geschüttelt.

„Es ist vorbei mit ihm, Sölve hofft zwar immer. Sie will, wenn es ihm besser geht, seine Frau werden", Wibke wischte sich zornig mit der Hand über die Augen — „ich möcht' Dem" fuhr sie fort, „ehe der Dod kimmt, müßtert du mal mit Ingewart reden. „Een good Woord find't ok'n goode Sted."

Damit war sie gegangen und Estrid grübelte Tag und Nacht darüber. Sie hatte keine Furcht mehr vor dem Gonger. Mochte er sie mit sich nehmen in die Tiefe, bis auf den Meeresgrund, aber ihr Kind, das durfte er nicht anrühren. Um dieses unschuldige Wesen würde sie mit ihm ringen.

Estrid litt schwer unter diesen inneren Kämpfen und so kam es, daß sie sich lange nach der Geburt des Kindes nicht erholen konnte.

Peter Bonken war voll Nachsicht und Güte gegen sie, die ertrug sie fast weniger als seine Härte. —

Estrid ging nun wieder im Hause umher, ohne indessen ihre wirtschaftlichen Pflichten, die der aufgenommen zu haben. Weshalb sollte sie schließlich? Ukke war da und wahrscheinlich brach ja doch alles nur zu bald zusammen. Geduldig ließ sie sich von Ukke die viele Milch aufnötigen und die frischen Eier. Sie mußte stark und kräftig werden, um bald fort zu können mit dem Kinde. Sorglich hatte sie jeden Groschen des kleinen, von ihrem Vater ererbten Vermögens gehütet. Viel war es nicht, es sollte ihr helfen, weit, weit fort zu kommen. —

(Fortsetzung folgt.)